

V0770/23

Nachhaltige Kälteversorgung für Ingolstadt
- Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 30.08.2023 -

Antrag:

Die „kommunale Wärmeplanung“ wird um eine nachhaltige „kommunale Kälteplanung“ ergänzt, wobei potentielle Synergien genutzt werden sollen.

Folgende Aspekte sollen dabei Berücksichtigung finden:

- Die Kälteplanung soll aus mehreren Planfällen bestehen. Variante A soll die Versorgung städtischer Gebäude sowie Gebäude von Beteiligungsunternehmen (z.B. Klinikum Ingolstadt) abbilden, Variante B zusätzlich die Möglichkeit der Versorgung weiterer potentieller Großabnehmer (z.B. Industrieunternehmen und Pflegeheime) im Stadtgebiet und Variante C die Möglichkeit der Versorgung möglichst weiter Teile des Stadtgebiets. Dabei soll die jeweilige Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Varianten nach Möglichkeit mit einer Kosten- und Preis-Prognose für die nächsten Jahrzehnte dargestellt werden.
- Weiterführende Erkenntnisse, wie die Gebäude im Eigentum der Stadt Ingolstadt langfristig so optimiert werden und Neubauten so geplant werden, damit sie möglichst nachhaltig betrieben werden, sollen abgeleitet werden. Hierzu zählen insbesondere energetische Aspekte.
- Fördermittel zur Erstellung einer „kommunalen Kälteplanung“ werden abgegriffen. Geprüft wird, einen Bezug zwischen dem sich gerade in Erstellung befindlichen Hitzeaktionsplan und einem „kommunalen Kälteplan“ herzustellen.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	15.10.2025	Vorberatung
Stadtrat	30.10.2025	Entscheidung

Stadtrat vom 30.10.2025

Der Änderungsantrag der SPD Stadtratsfraktion **V0770/23**, der Antrag der ödp-Stadtratsgruppe **V0637/24**, der Antrag der ödp Stadtratsgruppe **V0476/25**, sowie der Antrag der Verwaltung **V0619/25** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Bürgermeisterin Kleine informiert, dass der Fortschrittsbericht bereits im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit ausführlich vorgestellt wurde. Dort habe man den Auftrag mitgenommen zu Ziff. 2 des Antrages eine Erklärung abzugeben. Gewünscht war, dass Herr Bolle von den Stadtwerken die Zahlen hierzu präsentiert, jedoch sei er heute nicht anwesend. Seinen Bericht werde er wahrscheinlich erst im Dezember

halten können. Ohnehin sei der Transformationspfad der Stadtwerke erst für das 2. Quartal 2026 geplant.

Stadtrat Wöhrl stellt den Geschäftsordnungsantrag, diesen TOP abzukürzen.

Stadtrat Stachel stellt den Geschäftsordnungsantrag, diesen TOP abzusetzen und zu vertagen. Herr Bolle sei wesentlich zu diesem TOP, weshalb es unmöglich wäre, heute darüber zu beraten.

Bürgermeisterin Kleine entgegnet, dass Herr Bolle mit seinen Aufgaben noch nicht fertig bzw. heute terminlich verhindert sei und sie ebenfalls für das Thema zuständig sei. Durch die heutige Präsentation zeige sich, dass nicht nur die Stadtwerke als Investoren in die Wärmewende gebraucht werden, sondern auch private Investoren und auch eine Bürgerenergiegenossenschaft die wesentlichen Aufgaben in diesem Bereich übernehmen könnten. Sie weist drauf hin, da dieser Auftrag ausdrücklich aus dem Ausschuss für heute mitgenommen wurde.

Oberbürgermeister Dr. Kern stellt klar, dass Herr Bolle trotz ordnungsgemäßer Ladung keine Zeit habe. Er bittet Herrn Schratzenstaller die wichtigsten Daten und Fakten zügig zu präsentieren da dieses Thema für die heutige sehr Zeit wichtig sei.

Herr Schratzenstaller geht anhand der PowerPoint-Präsentation auf den Ausstieg aus dem fossilen Erdgas ein. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet. Gewünscht sei eine Untersuchung mit der Bürgerenergiegenossenschaft, um die Energiekosten nachhaltig zu reduzieren und über bürgerschaftliches Engagement die Co2-Reduktion und Treibhausgas-Neutralität angehen zu wollen.

Bürgermeisterin Kleine hebt hervor, dass es nicht nur die Stadtwerke als geeignete und willige Investoren gebe, um erneuerbare Energien bzw. Fernwärme vermehrt in der Wärmeversorgungen einzusetzen. Die Bürgerenergiegenossenschaft habe bereits einen ersten groben Plan aufgestellt, um zu zeigen, wie man rechnet und wo es Fördermittel gäbe. Diese Zahlen seien sehr hilfreich und man könne damit arbeiten. Sinnvoll sei es, Investitionen dort zu tätigen, wo ohnehin Kessel ausgetauscht werden müssen, um die jährlichen Energiekosten nachhaltig zu reduzieren.

Stadtrat Dr. Meyer erklärt, die privaten Investoren und die Bürgerenergiegenossenschaft sei grundsätzlich begrüßenswert. Die städtische Energiegesellschaft habe jedoch mit mehreren laufenden Projekten zur PV-Anlage mehr Erfolg als bisher die private Initiative. Das Klimaziel 2035 sei lediglich ein politisches Ziel und würde ökologisch dem Klima kaum einen Mehrwert bringen. Für die Stadtwerke entstehe ein extremer Handlungsdruck, da hier nicht wirtschaftlich am sinnvollsten gearbeitet werden könne, sondern evtl. sogar gegen den Markt investiert werden müsse. Es sei eine soziale Frage die Seniorenfeiern einzusparen und gleichzeitig einen unbekanntem Betrag für ein politisches Ziel zu investieren. Eine Einschätzung des maßgeblichen Akteurs, neben den privaten Investoren, wäre für die Umsetzung sehr wichtig. Aufgrund der fehlenden Beträge könne heute nicht abgestimmt werden.

Auf Nachfrage von Bürgermeisterin Kleine fügt Stadtrat Dr. Meyer hinzu, dass die Einschätzung von Herrn Bolle als wesentlicher Akteur bei der Umsetzung fehle und somit nicht kalkuliert werden könne.

Bürgermeisterin Kleine führt aus, dass der Sinn des Antrages darin sei, dass die Stadt eine erkennbare Bereitschaft zeige mit privaten Investoren zusammenarbeiten zu wollen. Zu den PV-Anlagen-Projekten erklärt sie, dass es sehr lange gedauert habe, Dächer zu identifizieren die der Bürgerenergiegenossenschaft angeboten werden konnten, weshalb erst ein Dach umgesetzt werden konnte, jedoch weitergemacht werde. Man solle die privaten Investoren nicht verschrecken und dürfe nicht nur auf die Stadtwerke zählen.

Stadtrat Stachel merkt an, dass es schön wäre die Unterlagen vor der Sitzung zu bekommen, um sich vorher darüber Gedanken zu machen.

Bürgermeisterin Kleine räumt ein, dass in diesem Anfangsstadium der Wunsch einer betriebswirtschaftlichen Aufstellung mit konkreten Zahlen nicht erwartet werden könne. Trotzdem habe die Bürgerenergiegenossenschaft eine erste Überlegung angestellt, die sich auch aus wirtschaftlicher Sicht überlegenswert darstelle.

Stadtrat Wittmann schlägt vor, dass Bürgermeisterin Kleine das Projekt Schulzentrum Südwest Apian nach dem Vorschlag entwickle und die Ziff. 2 des Antrages nächstes Mal, wenn Herr Bolle da sei zu beschließen.

Bürgermeisterin Kleine stimmt Herrn Stadtrat Wittmann zu und nimmt den konkreten Auftrag an, für das Schulzentrum Südwest eine Machbarkeitsstudie zu entwickeln.

Stadtrat Semmler weist darauf hin, dass bereits aus dem Antrag herausgehe, dass die Stadtverwaltung beauftragt sei, über den Ausstieg aus dem Erdgas zu forschen. Der Auftrag in dieser Richtung weiterzudenken sei bereits gegeben und würde niemanden zurückhalten.

Stadtrat Schäuble regt an den Antrag umzuformulieren; die Verwaltung beauftragt die Unterhaltskosten der städtischen Liegenschaften zu optimieren. Wenn dann eine Reduzierung der Kosten vorgelegt werde, werde der Stadtrat nicht dagegen stimmen.

Stadtrat Dr. Lösel untermauert, dass eine Betriebswirtschaftliche Kalkulation am konkreten Beispiel mit Darstellung der Co₂-Einsparung gewünscht sei. Die Vorlage solle nebst Angeboten und Metrik vorgelegt werden und so ausgeschrieben werden, dass sowohl freie Bewerber als auch die Stadtwerke sich an dem Projekt beteiligen können.

Stadtrat Stachel ist der Meinung, es mach wenig sinn, in ein bestehendes Gebäude, das dringend sanierungsbedürftig sei eine regenerative Anlage einzubauen. Er warnt die Energiegenossenschaft davor, in so einem Projekt einzusteigen, da sich die Investition am Ende nie ausrechne und die Anlagen nachher auf lange Dauer nie wirtschaftlich funktionieren. Der generelle Ausstieg aus fossilen Energien mag ein großes Ziel sein, könne jedoch auch durch ökonomische Zwischenziele erreicht werden z. B. durch Hybridanlagen. Vor dem Hintergrund, dass keine prüfbar Zahlen vorliegen und keine Referenzperson da sei könne der Vorlage heute nicht zugestimmt werden.

Bürgermeisterin Kleine erklärt, dass z. B. beim Apian eine Hybridanlage in Frage komme, da dort eine BHKW-Anlage eingebaut sei, die noch nicht kurz vor dem Austausch stehe und nichts dagegenspreche, diese Anlage mit einer Gasbeschickten BHKW zu kombinieren.

Herr Schratzenstaller ergänzt, dass vorher eine Heizlastberechnung durchgeführt werden müsse, um die optimale Anlagenauslegung zu ermitteln. Zum heutigen Zeitpunkt sei die Situation anders und müsse als Grundlage für eine konkrete Berechnung vorlegen.

Stadtrat Lipp macht klar, nicht guten Gewissens heute über die Vorlage abstimmen zu können aufgrund fehlender näherer Daten. Er merkt an, dass auf Seite 4 des Antrages unter dem Ausstieg aus dem fossilen Erdgas hervorgeht, dass bei jedem geplanten Heizungs austausch ausschließlich erneuerbare Energieträger eingesetzt werden dürfen. Dies sei nicht betriebswirtschaftlich. Er ergänzt, dass auf Seite 2 der Vorlage stehe, dass Kosten für die Stadt entstehen würden und weist ausdrücklich darauf hin, dass dies aufgrund der freiwilligen Aufgabe nicht der Fall sei.

Stadtrat Dr. Lösel schlägt vor, dass Herr Hoffmann eine entsprechende Sitzungsvorlage dem Stadtrat vorlege mit den ermittelten Projektierungskosten.

Herr Hofmann bestätigt, dass er sich darum kümmern werde und zu gegebener Zeit eine Projektgenehmigung mit Vergleichszahlen vorlegen werde.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Mit allen Stimmen:

1. Der Fortschrittsbericht zum Erreichen der städtischen Klimaziele 2035 und der klimaneutralen Verwaltung 2030 wird bekanntgegeben.

Mit allen Stimmen:

2. **Die Verwaltung wird beauftragt mit konkreten Projektdaten alsbald wieder in den Stadtrat zu kommen.**